

Niederschrift SchBA/VIII/3

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 26.01.2011 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Steindorf, Ralf

Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Lembeck, Guido
Mensing, Hartwig
Schaten, Carina
Söller, Hubert
Weber, Winfried
Wilde, Andreas

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Müller, Josef-Karl	Rektor	
Enting, Hans-Jürgen	Rektor	
Kahlert, Alexander	Rektor	
Schulze-Langenhorst, Ingrid	Konrektorin	ab TOP 4 ö.S.

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister
Isfort, Werner	Kämmerer
Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Fuchs, Maria	Produktverantwortliche
Wisner-Herrmann, Sabine	Schriftführerin

Als Gast zu TOP 4 ö.S.

Klix, Heribert	Zentralrendantur Coesfeld
----------------	---------------------------

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Deitert, Manuel

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Banse, Otto	Pfarrer
Hambrügge, Hubert	Pfarrer
Remke, Carsten	Pfarrer
Ring, Thomas	Pfarrer
Sander, Lothar	Pfarrer

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:25 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Steindorf, eröffnete die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die beratenden Ausschussmitglieder, als Gast Herrn Klix von der Zentralrendantur Coesfeld, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 17. Januar 2011 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es waren keine Einwohner zur Fragestunde anwesend.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Sachstandsbericht über die Sprachstandserhebung in den Kindergärten in Rosendahl - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte an, ob es möglich sei, in der nächsten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses zum Thema „Sprachstandserhebung in den Kindergärten in Rosendahl“ zu berichten.

Bürgermeister Niehues sagte eine Prüfung zu.

2.2 Einladung der Schulamtsdirektorin zur nächsten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses - Herr Steindorf

Ausschussvorsitzender Steindorf erinnerte an seine Bitte aus der Ratssitzung am 22. Dezember 2010, die neue Schulamtsdirektorin, Frau Dr. Henry, zu einer Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses einzuladen.

Bürgermeister Niehues sagte dies zu.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Ausschusssitzung am 10. März 2010.

Er fügte hinzu, dass bei den Anmeldezahlen der Offenen Ganztagschule (OGS) mit insgesamt 77 Kindern ein leichter Rückgang zu verzeichnen sei.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Verlängerung der Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten in Rosendahl

Vorlage: VIII/254

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/254.

Fraktionsvorsitzender Weber kritisierte, dass in der Haushaltsplanung zwar die Summe der Kosten für die Finanzierung der Kindergärten dargestellt werde, jedoch die Ausschussmitglieder keinen Überblick über die jeweiligen Kosten der einzelnen Kindergärten hätten. Er sei der Ansicht, dass für die Ausschussmitglieder und auch für den Bürger transparent sein müsse, was von Seiten der Gemeinde für die einzelnen Kindergärten geleistet werde. Er bat darum, eine entsprechende Aufstellung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorzulegen.

So wie er die Sitzungsvorlage verstehe, würden die sogenannten Zusatzplätze komplett von der Öffentlichkeit gezahlt, ohne dass der Träger einen Beitrag dazu leiste. Dies solle in den geplanten Verträgen klar zum Ausdruck gebracht werden, um deutlich zu machen, dass zwar von Seiten der Gemeinde gezahlt werde, aber ein Mitspracherecht nicht vorhanden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der freiwillig gezahlte Zuschuss für die Zusatzplätze der Gemeinde Rosendahl nur 12 % der Gesamtkosten eines Kindergartenplatzes betrage. Der Rest werde wie üblich von Land und Kreis gezahlt. Es sei richtig, dass der Träger für die Zusatzplätze nicht zahle. Er äußerte die dringende Bitte, der Verlängerung der Vereinbarung zuzustimmen, damit auch die unter 3-jährigen Kindern einen Kindergartenplatz erhalten könnten. Noch bestehe für unter 3-jährige Kinder kein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, aber dennoch sei ein steigender Bedarf hierfür vorhanden.

Herr Klix von der Zentralrendantur Coesfeld erläuterte am Beispiel des St. Nikolaus-Kindergartens in Rosendahl-Darfeld die bereit zu stellenden Finanzmittel. Für die im Kindergartenjahr 2011/12 geplanten 65 Plätze seien im Haushaltsplan der Kirchengemeinde rd. 395.000 € veranschlagt. Aus Kirchensteuern würden dazu rd. 34.800 € und aus Mitteln der Gemeinde rd. 15.800 € bereitgestellt. Von den 395.000 € seien rd. 317.000 € Personalkosten. Der Rest sei für Sachkosten zu veranschlagen. Für das laufende Kindergartenjahr 2010/11 ergebe sich eine Unterdeckung, d.h. ohne die Mitfinanzierung der Gemeinde könnten die benötigten Kindergartenplätze nicht unterhalten werden.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen kritisiere, dass die Kirche mit einem eigenen Tarifrecht arbeite, wonach die Arbeitskräfte niedriger bezahlt würden als im öffentlichen Bereich. Ferner seien die Grünen der Ansicht, dass Kinder unter 3 Jahren nicht in einen Kindergarten gehörten. Dennoch werde die Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt warnte davor, sich mit der Verlängerung der Vereinbarung bereits für die nächsten 2 Kindergartenjahre festzulegen. Es sei bekannt, dass das KiBiz (Kinderbildungsgesetz) auf dem Prüfstand stehe und möglicherweise in absehbarer Zeit verändert werde. Daher sei mit einer Zustimmung seitens der

SPD-Fraktion nicht zu rechnen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ihm keine aktuellen Informationen zur Änderung des KiBiz bekannt seien, schlug aber vor, der Verlängerung des Vertrages zunächst nur für ein Jahr zuzustimmen.

Ausschussmitglied Schaten teilte mit, dass von der FDP-Fraktion eine grundsätzliche Zustimmung erfolgen werde, allerdings auch nur für das kommende Kindergartenjahr.

Auch Ausschussvorsitzender Steindorf erklärte für die CDU-Fraktion eine Zustimmung nur für ein Jahr aufgrund der Haushaltssituation.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies auf die zu Beginn der Diskussion von Herrn Weber geforderte differenzierte Aufstellung der Kosten im Bereich der Kindergärten. Auch für die WIR-Fraktion seien genaue Kennzahlen im Haushalt dazu dringend notwendig, wie auch bei vielen anderen Produkten. Grundsätzlich verfolge allerdings die WIR-Fraktion einen anderen Ansatz. Sie habe kein Problem damit, unter 3-jährigen Kindern einen Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen. Allerdings sollten die zusätzlich entstehenden Kosten für die U-3-Betreuung von den Initiatoren übernommen werden. Das seien in diesem Fall Land und Bund.

Auch wenn in diesem Jahr noch kein gesetzlicher Anspruch auf einen U-3-Platz bestehe, seien die Plätze vorhanden. Um diese zu erhalten, fordere er die Träger und die Gemeinde auf, die hierfür anfallenden Kosten dem Land und dem Bund in Rechnung zu stellen, um zumindest symbolisch klar zu machen, wer hier in der Pflicht sei.

Bürgermeister Niehues verwies auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes Münster vom 12. Oktober 2010, wonach die kreisfreien Städte und Landkreise in NRW für zusätzliche Kosten bei der U-3-Betreuung einen Ausgleich vom Land erhalten müssten.

Man könne evtl. einen Zusatz in den Vertrag aufnehmen, wonach sich der Anteil der Gemeinde bei einer höheren Finanzierung durch das Land entsprechend verringere.

Ausschussvorsitzender Steindorf erklärte, dass man zwar im Hinblick auf den Haushalt vernünftig handeln würde, wenn man die Zusatzplätze nicht bewillige, aber damit Politik auf dem Rücken von Familien und Kindern mache. Das könne man sich nicht erlauben. Man solle daher die Reaktion des Trägers abwarten, wenn der Vertrag zunächst nur für das kommende Kindergartenjahr verlängert werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies noch einmal darauf hin, dass er die Zahlung von freiwilligen Leistungen für einen schleichenden Prozess halte, der dazu führe, dass das Land sich seinen Verpflichtungen entziehe. Daher halte er es für dringend geboten, den vorauseilenden Gehorsam zu verweigern und eine Kostenrechnung für das Land zu erstellen.

Herr Klix teilte mit, dass sich nach seinen Informationen am KiBiz im kommenden Jahr nichts ändern werde. Nach der Bewilligung durch das Jugendamt könne man die nachgefragten Kindergartenplätze zur Verfügung stellen. Man möge jedoch berücksichtigen, dass für die Mitarbeiter teilweise befristete Verträge abgeschlossen wurden, die entsprechend verlängert werden müssten. Ebenso seien viele Eltern und Alleinerziehende auf die frühzeitige Zusage eines Kindergartenplatzes angewiesen. Zumindest für das kommende Jahr werde Planungssicherheit benötigt.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt wandte sich an die Herren Klix und Steindorf. Natürlich wolle man die Finanzierungsfrage nicht auf dem Rücken von Familien, Kindern und Beschäftigten austragen. Mit diesem Argument werde man immer wieder unter

Druck gesetzt und habe bisher entsprechend entschieden. Er stimme Herrn Mensing zu, dass man irgendwann beginnen müsse, ein deutliches Signal zu setzen.

Ausschussmitglied Schaten erklärte, dass es eine Entscheidung der Eltern sei, ob sie unter 3-jährige Kinder in den Kindergarten schicken wollten. Die Möglichkeit dazu müsse den Eltern gegeben werden, so dass sie für eine Verlängerung der Vereinbarung für ein Jahr plädiere.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass er trotz seiner persönlichen Einstellung gegen die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren im Kindergarten, die Nachfrage sehe und eine entsprechende Entscheidung für notwendig halte. Allerdings müsse dem Bürger klar gemacht werden, dass dies Kosten verursache und dafür möglicherweise eine Steuererhöhung notwendig werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er aufgrund seiner zuvor geäußerten Bedenken und Kritik nicht gegen den Beschlussvorschlag, aber auch nicht dafür stimmen werde.

Ausschussvorsitzender Steindorf schlug vor, den vorliegenden Beschlussvorschlag auf das kommende Kindergartenjahr 2011/12 zu begrenzen und stellte diesen zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden geänderten **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2011 und der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Coesfeld wird dem Abschluss der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/254 als Anlage I beigefügten Vereinbarung mit den Katholischen Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten für das Kindergartenjahr 2011/12 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja Stimmen
3 Enthaltungen

Im Anschluss an die Abstimmung bat Fraktionsvorsitzender Mensing Kämmerer Isfort darum, eine Auflistung zu erstellen, die die zusätzlichen Kosten der Gemeinde für die U-3-Betreuung ausweise. Seine Idee sei es, diese zur Landesregierung nach Düsseldorf und zur Bundesregierung nach Berlin zu schicken, um die Belastung der Gemeinde zu verdeutlichen.

Herr Klix erklärte, dass dies nur nachträglich von der Trägerseite aus möglich sei, da entsprechend der Planung des Jugendamtes mit Kindpauschalen gearbeitet werde.

Kämmerer Isfort fragte, ob es sich um die Gesamtkosten für ein Jahr handeln solle oder um die differenzierten Zusatzkosten für die U-3-Betreuung.

Fraktionsvorsitzender Mensing antwortete, dass es sich um die zusätzlichen Kosten für die U-3-Betreuung handeln solle, die man dann unter Berufung auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Münster von Düsseldorf zurückfordern wolle.

Kämmerer Isfort sagte zu, diese Aufstellung im Rahmen eines vertretbaren Aufwandes zu erstellen. Auch er sei an dieser Vorgehensweise interessiert, da sich die Gemeinde seit Jahren binde und ersatzweise für Institutionen eintrete, die die Kosten eigentlich tragen müssten.

Herr Klix teilte an dieser Stelle mit, dass er aufgrund seiner vorliegenden Zahlen bereits aktuell vor Ort eine exemplarische Rechnung für den St. Nikolaus-Kindergarten Darfeld aufstellen könne. Danach koste ein Kindergartenplatz für unter 3-jährige Kinder im Jahr 5.925 €, wovon die Gemeinde 12 % zahlen müsse, das bedeute in diesem Fall 711 € pro Kindergartenplatz.

**5 Haushaltsplan für das Jahr 2011;
hier: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses
Vorlage: VIII/253**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/253.

Produkt 12 – Grundschulen

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob in den aufgeführten Personalkosten auch die Kosten für die Schulsekretärin und die Schulhausmeister enthalten seien.

Kämmerer Isfort erklärte, dass neben Verwaltungsmitarbeitern die Kosten für die Schulsekretärin darin enthalten seien, die Kosten für die Hausmeister aber unter dem Produkt 10 (Gebäudemanagement) zu finden seien, die aber über die Position „Interne Leistungsverrechnungen“ dem Produkt 12 wieder zugeordnet würden.

Fraktionsvorsitzender Weber stellte fest, dass man wie bei den Kindergärten auch bei den Schulen keinen Überblick über die Kosten jeder einzelnen Schule habe. Möglicherweise ergebe sich aufgrund der demografischen Entwicklung irgendwann die Frage, ob eine der Schulen geschlossen werden müsse. Dafür benötige man dringend eine getrennte Auflistung der Kosten.

Fraktionsvorsitzender Mensing forderte für dieses Produkt und auch für das Produkt 13 (Verbundschule) unbedingt Kennzahlen, die z.B. die angebotene Fläche pro Schüler und die Kosten pro einzelnen Schüler ausweisen würden. Evtl. könne man dann in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe mit diesen Kennzahlen arbeiten.

Ausschussvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass die Ausarbeitung von solchen Differenzierungen auch einen erhöhten Verwaltungsaufwand nach sich ziehe, der dann in diesem Bereich die Kosten erhöhe.

Kämmerer Isfort erklärte, dass es für dieses Produkt noch Änderungen gebe, die er in einer Änderungsliste im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) mitteilen werde.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt beantragte an dieser Stelle die getrennte Abstimmung zu den jeweiligen Produkten.

Nachdem sich hiergegen kein Widerspruch erhob, erklärte Ausschussvorsitzender Steindorf, dass er zum Abschluss der Beratung über alle Produkte einzeln abstimmen lassen werde.

Produkt 13 – Verbundschule

Fraktionsvorsitzender Weber wies auf die hohen Kosten für die Einrichtung des Biologie- und des Physikraumes hin.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Physikraum noch mit der Erstausrüstung von vor 35 Jahren arbeiten müsse. Daher sei eine Erneuerung dringend erforderlich. Einen Biologieraum gebe es bisher noch gar nicht. Dieser werde nun aber zwingend benötigt, weil die Verbundschule einen Realschulzweig habe und sonst nicht der

notwendige Unterricht erteilt werden könne.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt teilte mit, dass sich hier die strukturellen Fehler der Zweckverbandsatzung zeigten. Trotz einer Schülerverteilung von 40 zu 60 (Legden zu Rosendahl), wobei in Rosendahl die älteren Schüler beschult würden, seien in Rosendahl Investitionen nötig. Damit subventioniere man die Gemeinde Legden. Dies sei von Anfang an der Kritikpunkt der SPD-Fraktion gewesen. Der Juniorpartner mache sich breit und lasse dem Seniorpartner kein Mitspracherecht. Von Seiten der SPD werde dies konsequent abgelehnt.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er diese Äußerung so nicht stehen lassen könne. Beide Gemeinden hätten die Verbundschule gemeinsam auf den Weg gebracht. Nicht immer sei es möglich, dass beide Partner gleiches Stimmrecht bekommen. Dies sei jedoch kein Grund, zu behaupten, dass sich ein Partner breit mache. Er sei der Ansicht, dass zwischen den Partnern eine Kommunikation auf Augenhöhe stattfinde. Möglicherweise ergäbe sich bei den nächsten Wahlen der Zweckverbandsversammlung Legden/Rosendahl eine Änderung beim Vorsitz und Verbandsvorsteher. Auch in Legden gebe es Fachräume, die irgendwann erneuert werden müssten. Wenn man eine gleiche Beteiligung der beiden Gemeinden bei allen Investitionen wünsche, würde das bedeuten, dass beide Gemeinden immer mitzahlen müssten. Er appellierte, die getroffenen Entscheidungen bezüglich der Verbundschule zu akzeptieren und mit zu tragen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt antwortete, dass die SPD-Fraktion sich nicht gegen die Investition an sich wende, sondern gegen die Art der Finanzierung. Er könne nur wiederholen, dass die SPD hinter der Verbundschule stehe.

Ausschussvorsitzender Steindorf teilte für die CDU-Fraktion die Zustimmung zu dieser Investition mit.

Produkt 14 – Förderschulen

Kämmerer Isfort teilte mit, dass es zu diesem Produkt eine Änderung geben werde, die über eine Änderungsliste im HFA mitgeteilt werde. Es erfolge eine Reduzierung der Mittel von 40.000 € auf 30.000 € da die Schülerzahlen gesunken seien. Viele der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf würden inzwischen in den Grundschulen integrativ beschult.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies darauf hin, dass bei der zu erwartenden Inklusion von Förderschülern erhebliche zusätzliche Belastungen auf die Gemeinde zukämen.

Ausschussvorsitzender Steindorf teilte mit, dass er vorgehabt habe, zu diesem Thema in der nächsten Sitzung um einen Sachstandsbericht zu bitten.

Produkt 15 – Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte Produkt 17 – Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger Produkt 18 – Volkshochschule und sonstige Weiterbildung

Zu diesen Produkten gab es keine Wortmeldungen und Beiträge.

Produkt 46 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass es im vorherigen TOP bereits eine umfangreiche Diskussion zur Auswirkung der U-3-Betreuung gegeben habe. Auf S. 279 werde unter dem Punkt Leistungsbeschreibung die „Festsetzung und Erhebung von Kindergartenbeiträgen“ aufgeführt. Dies sei nicht korrekt, da die Festsetzung durch den Kreis erfolge.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es hier um die Berechnung und Einzelfestsetzung der Elternbeiträge durch die Gemeinde Rosendahl gehe.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Die im Entwurf des Haushaltes 2011 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

12	Grundschulen
13	Verbundschule
14	Förderschulen
15	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte
17	Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger
18	Volkshochschule und sonstige Weiterbildung
46	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie unter Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernissen zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2011 empfohlen.

Abstimmungsergebnisse:

12	Grundschulen:	Einstimmig
13	Verbundschule:	8 Ja Stimmen 1 Nein Stimme
14	Förderschulen:	Einstimmig
15	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte:	Einstimmig
17	Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger:	Einstimmig
18	Volkshochschule und sonstige Weiterbildung:	Einstimmig
46	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung:	6 Ja Stimmen 3 Enthaltungen

Im Anschluss an die Abstimmung trug Fraktionsvorsitzender Mensing das Anliegen der WIR-Fraktion vor, dem Kreis zu empfehlen, die Elternbeiträge so anzuheben, dass der nach dem KiBiz vorgesehene Anteil von 19,5 % erreicht werde.

Dem schlossen sich die SPD-Fraktion und die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen an.

Bürgermeister Niehues sagte zu, dieses Anliegen bei der nächsten Bürgermeister-Konferenz vorzutragen.

6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Beantwortung einer Anfrage zum Schulbusverkehr in Rosendahl

Bürgermeister Niehues verwies auf die Anfrage vom Fraktionsvorsitzenden Steindorf in der Ratssitzung am 22. Dezember 2010, ob der Fahrer des Schulbusses, der in Coesfeld an einem schweren Unfall beteiligt gewesen sei, im Schülerbusverkehr der Gemeinde Rosendahl tätig sei.

Er erklärte, dass der RVM (Regionalverkehr Münsterland) auf die Anfrage der Verwaltung mitgeteilt habe, dass der Fahrer nicht im Schülerbusverkehr der Gemeinde Rosendahl tätig sei.

6.2 Kindergartenbedarfsplanung des Kreisjugendamtes Coesfeld für die Gemeinde Rosendahl für das Kindergartenjahr 2011/12

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass nach Abschluss des Anmeldeverfahrens die Planungen für die Gruppenbildung lt. telefonischer Rücksprache mit dem Kreisjugendamt Coesfeld (Frau Falke) zum neuen Kindergartenjahr 2011/12 folgendermaßen aussehen sollen:

Kindergarten	Gruppen-Typ I*	Gruppen-Typ II**	Gruppen-Typ III***	Insgesamt
DRK "Zwergenland" Darfeld	0,5 (10 Kinder)	0,5 (5 Kinder)	1 (25 Kinder) =	40 Plätze
St. Nikolaus Darfeld	0,5 (10 Kinder)	0,5 (5 Kinder)	2 (50 Kinder) =	65 Plätze
				105 Plätze

DRK "Haus Holtwick"	---	1,0 (10 Kinder)	2 (50 Kinder) =	60 Plätze
St. Nikolaus Holtwick	2 (40 Kinder)	---	2 (45 Kinder) = (davon 1 Waldgruppe = 20 K.)	85 Plätze
				145 Plätze

DRK "Fidus" Osterwick	2 (40 Kinder)	---	1 (25 Kinder) =	65 Plätze
Ss. Fabian u. Sebastian Osterwick	1,5 (30 Kinder)	0,5 (5 Kinder)	2 (50 Kinder) =	85 Plätze
				150 Plätze

* 20 Kinder, davon 4 - 6 2-3 Jährige

** 10 Kinder von 0-3 Jahre

*** 25 Kinder von 3-6 Jahre

Die Gruppenbildung sei inzwischen auch von den jeweiligen Trägern bestätigt worden, so dass sie als Grundlage für die Kindergartenbedarfsplanung 2011/12 gelten könne.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Schaten, wie man sich die Bildung einer halben Gruppe vorzustellen habe, erklärte Bürgermeister Niehues, dass sich diese Darstellung auf die Finanzierung der Kindergartenplätze beziehe. Sicher würden die halben Gruppen praktisch zu einer Gruppe zusammengefasst, natürlich mit der entsprechenden Betreuung.

7 Mitteilungen der Schulleitungen

7.1 Danksagung - Rektor Enting

Rektor Enting bedankte sich angesichts seines Weggangs zum 01. Februar 2011 für die Unterstützung seiner Person und der Verbundschule von Seiten der Grundschulen, der Verwaltung und der Politik. Insbesondere die Grundschulen hätten einen wesentlich höheren Beitrag für die erfolgreiche Entwicklung der Verbundschule Legden/Rosendahl geleistet als von außen sichtbar sei. Es habe in den letzten Jahren Veränderungen gegeben, die durchaus kostenintensiv gewesen seien, aber die Gemeinden Rosendahl und Legden hätten dafür jetzt im Rahmen der Verbundschule beide eine Realschule zu bieten. Dies habe man sich vor 5 Jahren nicht vorstellen können. Diese Entwicklung sei für beide Gemeinden sehr positiv.

7.2 Kulturveranstaltung der Gemeinde in der Aula der St. Nikolaus-Grundschule Holtwick - Rektor Müller

Rektor Müller berichtete begeistert über die erstmalige Durchführung einer Lesung im Rahmen des Kulturprogramms der Gemeinde Rosendahl. Die Kulturbeauftragte, Frau Roters, habe ihn angesprochen, da aufgrund der hohen Anmeldezahlen für die Lesung die Räumlichkeiten des sonst genutzten Torhauses in Holtwick nicht ausreichten. Am Nachmittag seien 80 Gäste anwesend gewesen, bei der Lesung am Abend ca. 60 Gäste. Er habe erstaunt feststellen können, dass einige Gäste erstmals die Existenz einer Grundschule im Ortsteil Holtwick zur Kenntnis genommen hätten und ihm interessierte Fragen auch zur Schule gestellt hätten. Die noch aufgestellte Krippe aus der Weihnachtszeit sei bewundert worden und habe zu einer angenehmen Atmosphäre beigetragen.

Er begrüße es ausdrücklich, wenn Frau Roters auch in Zukunft die Aula der Grundschule als Veranstaltungsort für Kulturveranstaltungen in Betracht ziehen würde.

7.3 Todesfall im Kollegium der Antonius-Grundschule im Ortsteil Darfeld - Rektor Kahlert

Rektor Kahlert teilte mit, dass die in Altersteilzeit befindliche Kollegin der Antonius-Grundschule in Darfeld, Frau Marianne Zeglin, plötzlich und unerwartet verstorben sei.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es waren keine Einwohner zur Fragestunde anwesend.

Ralf Steindorf
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführer/in